

**Zu Punkt** **der Tagesordnung**

<b>Interfraktioneller Antrag</b>		<b>0208/2013</b> <b>öffentlich</b> <b>14.03.2013</b>
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Antragsteller/in</b>
Ö 25.04.2013 Ratsfraktion	Ratsversammlung	Ratsherr Schmalz, SPD-
	Ratsherr Rahim, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
	Ratsfrau Danker, SSW	
<b>Betreff:</b> Zugang zur medizinischen Versorgung für nicht krankenversicherte Kinder und Mütter		

**Antrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit dem Medibüro und gemeinsam mit interessierten Unternehmen, Ärzten, Apotheken, Institutionen, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen einen Fonds einzurichten mit dem Zweck, Kindern bis zu fünf Jahren, die ohne Krankenversicherung in Kiel leben, eine Grundimmunisierung zu ermöglichen. Frauen ohne Krankenversicherung soll aus Mitteln dieses Fonds und in Kooperation mit den Kieler Krankenhäusern zudem eine medizinisch betreute Geburt ermöglicht werden.

Dazu lädt die Stadt zu einer „GeberInnen-Konferenz“ ein und organisiert eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Zudem soll in Kooperation mit dem Medibüro erarbeitet werden, wie eine Versorgung dieser Zielgruppe aussehen kann. Zwei Jahren nach Beginn des Projekts sollen die Ergebnisse und Erfahrungen des Projekts dargestellt werden.

Darüber hinaus fordert die Landeshauptstadt Kiel gegenüber der Landesregierung eine Gesetzesinitiative ein, um eine dauerhafte und umfassende medizinische Versorgung von Kindern und werdenden Müttern ohne Krankenversicherung sicher zu stellen. Insbesondere Impfungen, sowie die ärztliche Betreuung in der Schwangerschaft und bei Geburten hat sich mittlerweile zu einem gravierenden Problem in unserer Kommune entwickelt, zu dessen Behebung uns die rechtlichen Grundlagen fehlen.

**Begründung:**

Die Problematik bei der gesundheitlichen Versorgung von „Menschen ohne Papiere“, die keinen Zugang zu Krankenkassen haben und sich somit keine ärztliche

Behandlung leisten können, ist hinreichend bekannt. Hinzu kommt, dass in Kiel lebende Bürger aus den sogenannten neuen EU-Staaten vor nicht-überwindbaren Hürden stehen, eine Krankenversicherung abschließen und somit keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Bisher gibt es in Kiel und Schleswig-Holstein jedoch keine konkreten Handlungsvorschläge oder Lösungen wie beispielsweise in Mainz, wo die Versorgung im Bereich von Impfungen durch eine entsprechende Landesregelung sichergestellt wird, oder in Frankfurt am Main, wo die Gesundheitsversorgung dieser Zielgruppe durch kommunale Handlungen gesichert wird.

Das Medibüro Kiel arbeitet ehrenamtlich und auf Spendenbasis, stößt jedoch mittlerweile an seine Grenzen. Deshalb soll ein „Fonds“ beim Gesundheitsamt eingerichtet werden, aus dem finanzielle Unterstützung für Grundimmunisierung und Schwangerschaftsbetreuung abrufen werden kann.

Die jüngste Zuspitzung dieser Problemlage, vor allem bei den „Neu-EU-Bürgern“, macht ein politisches Handeln unumgänglich. In Kiel hat sich die Situation mittlerweile so verschärft, dass eine umgehende Lösung gefunden werden muss. Hierzu soll das oben skizzierte Kooperationsprojekt zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Medibüro, sowie etwaigen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren angestoßen werden. Da zurzeit keine Mittel für ein solches Projekt im städtischen Haushalt zur Verfügung stehen, sollen zusätzliche Gelder für einen Fonds auf einer „GeberInnen-Konferenz“ eingeworben werden.

Ein solches Projekt kann jedoch nur als kurzfristige Lösung zur Behebung einer akuten Problemstellung betrachtet werden. Eine dauerhafte Lösung ist nur auf Landesebene oder besser auf Bundesebene zu verwirklichen. Daher verbinden wir mit diesem Antrag gleichzeitig eine Forderung an die übergeordneten gesetzgebenden Instanzen, aktiv zu werden. Auf Grund der Dringlichkeit des Problems wenden wir uns konkret an die Landesregierung und bitten um eine baldige Gesetzesinitiative zu diesem Thema.

Gez. Ratsherr Michael Schmalz

Gez. Ratsherr Sharif Rahim

Ratsfrau Antje Danker